

SERBIENFELDZUG

Offener Haß gegen den Rest der Welt
außerhalb der Landesgrenzen

*

Entscheidung in Jugoslawien⁴⁴

Der Slowenien-Konflikt: Die Empörung der Öffentlichkeit über das ausgebliebene Gemetzel

Als Ende Juni 1991 die jugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien zum wiederholten mal ihren Unabhängigkeitswillen erklärten, war dieser weitere spektakuläre und zugleich nur formelle Akt vor allem der Versuch zweier in die Klemme geratener Regimes, sich selber im Sattel und die abbröckelnde Anhängerschaft bei der Stange zu halten. Nicht anders als in der DDR hatten die 1990 noch vermeintlich an ihrem Nationalgefühl sich berauschenden Massen in Zagreb und Ljubljana in Wahrheit den Wohlstand gemeint, die Erlösung von sinkenden Löhnen und steigenden Preisen. Anders als in der DDR jedoch blieb ihnen vor der definitiven Entscheidung genügend Zeit, bislang schon unternommene Schritte zur Eigenstaatlichkeit an ihrem Einfluß auf die Einkommensentwicklung zu messen. Dabei wurde jedem klar, daß innerjugoslawische Handelsbarrieren, Zollgrenzen, Wirtschaftsboykotte und andere Autonomie-Attribute den Reichtum von Teilrepubliken nicht fördern, deren keine auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist. Die beschleunigte, auch den Mittelstand erfassende Verarmung der Bevölkerung gerade in den letzten Monaten hatte dazu geführt, daß nach seriösen Umfragen der Anteil begeisterter Anhänger nationaler Unabhängigkeit, der im Winter noch rund 90 Prozent betragen hatte, bis zum Juni auf rund 50 Prozent gefallen war. Es vervollständigt das Bild, daß das regierende

DEMOS-Bündnis in der slowenischen Presse mehr durch Skandale und politische Betrugsaffären als durch seine Unabhängigkeitsbestrebungen von sich reden machte und Tudjman in Kroatien alle Züge eines nicht mehr ganz zurechnungsfähigen, weil in Torschlußspanik verfallenden Diktators anzunehmen begann.

Etwas lahm, wie die organisierten Unabhängigkeitsfeiern zum 26. Juni waren, fiel dann auch die Reaktion der Zentralregierung aus, deren Interesse an der faktischen Erhaltung der Einheit etwa so kümmerlich entwickelt schien wie der Wille der formell um Autonomie kämpfenden abtrünnigen Teilrepubliken zur faktischen Lösung aus dem Staatsverband. Beide Seiten hatten ein Jahr lang die Entwicklung in Polen, Ungarn und der DDR einerseits, andererseits in der Sowjetunion beobachten können. Beide Seiten verband die Ahnung, daß es allmählich schon gehupft wie gesprungen war, ob man nun auf sozialistische oder kapitalistische Art, gemeinsam oder jeder für sich bankrott ging. Beide Seiten mußten erkennen, daß der vergangene Jahr noch virulente Streit um Einheit oder Autonomie mittlerweile ein Scheingefecht und ein Streit um Kaisers Bart geworden war. Statt massiv zu intervenieren, also den Ausnahmezustand zu verhängen, den Sitz der abtrünnigen Regierung stürmen und ihre Mitglieder wegen Hochverrats vor Gericht stellen zu lassen, ließ die Zentralregierung deshalb ihre Truppen nur einen zaghaften Vorstoß ausschließlich gegen bewaffnete Verbände slowenischer Separatisten unternehmen. Dabei kamen nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes um: 39 Soldaten der Bundesarmee, 4 Angehörige slowenischer Territorialeinheiten, 4 slowenische Polizisten, 10 Zivilisten und 10 Ausländer.⁴⁵ Ferner gerieten 2300 Soldaten in slowenische Gefangenschaft. Vermutlich zum ersten mal in der Militärgeschichte nahm eine in Bedrängnis geratene reguläre Armee lieber eigene Verluste hin, als im Kampf gegen paramilitärische Verbände rücksichtslos ihre schweren Waffen einzusetzen. Die wirklichen Gründe dafür sind bis heute nicht ge-

klärt, ein außenstehender Betrachter aber mußte den Eindruck gewinnen, daß man bei der jugoslawischen Bundesarmee offenbar kein Blut sehen kann und sich selbst unter schwierigsten Bedingungen nicht zu Operationen bewegen läßt, aus denen leicht eines der Gemetzeln werden kann, wie sie in Sezessionskriegen üblich sind.

Es versteht sich von selbst, daß soviel Verstocktheit in der deutschen Öffentlichkeit als Brüskierung empfunden wurde. Vergeblich hatte man im letzten Krieg fast vier Jahre lang den Jugoslawen eingebleut, welches im Umgang mit einer widerspenstigen Zivilbevölkerung und bewaffneten Aufständischen die richtigen Methoden seien. Als beispielsweise im Oktober 1941 die Wehrmacht nahe Kragujevac bei einem Partisanenüberfall 26 Mann verloren hatte, war der Befehl ergangen, daß für jeden gefallenen deutschen Soldaten 100 Männer aus der Zivilbevölkerung zu erschießen seien. Und weil es in ganz Kragujevac nur 2.400 erwachsene Männer gab, wurden auch 200 Jungen aus den höheren Klassen der örtlichen Schule genommen. Nachdem Maschinengewehrfire die 2.600 Geiseln niedergemäht hatte, zeigten die Deutschen, was Gründlichkeit ist. Vor- und zurücksetzende Panzer überrollten die Körper, denn man wollte ganz sicher sein, daß keiner von den Niedergeschossenen überlebte. Dem Massaker von Kragujevac sollten tausende ähnliche folgen, im Zweiten Weltkrieg verlor Jugoslawien rund 11 Prozent seiner Bevölkerung.

War schon die kalte Abfuhr, welche die Jugoslawen den ihnen von den Deutschen erteilten Lehren zeigten, Grund zur Verärgerung genug, so kam noch hinzu, daß die politisch engagierten unter den Landsleuten grundsätzlich zu hysterischen Anfällen neigen, wann immer eine Nation oder ein Regime weniger gewalttätig und bestialisch handelt, als die verfügbaren Machtmittel es erlauben und die Situation verlangt. Es bricht dann für sie eine Welt zusammen in dem Sinn, daß die Tatsachen nicht zu ihren vorgefaßten Meinungen über Recht und Ordnung passen, zu ihrem Bild vom natürlichen Lauf

der Dinge. Wie es für Freitag unbegreiflich war, daß Robinson ihn nicht abkochen und aufessen mochte, leiden sie dann an einem Zustand, den man auch als kognitive Dissonanz bezeichnet, sie fühlen sich unwohl, unruhig, unsicher, desorientiert, und sie reagieren mit einer Mischung aus Haß und Angst. Geheilt werden sie von der ängstlichen Unruhe, welche die Grundstimmung in ihrem Lebensgefühl ist, beispielsweise durch Akte wie den irakischen Überfall auf Kuwait, weil er die Vorstellungen bestätigt, welche sie von den Rechten und den Ambitionen des Stärkeren besitzen. Als unheimlich, weil unbegreiflich, geradezu widernatürlich hingegen mußte ihnen die amerikanische Politik erscheinen: Die Skrupel des Mächtigen, unbeschränkte Machtmittel schrankenlos anzuwenden, die Großzügigkeit des Siegers, sein Verzicht auf die Inanspruchnahme ihm zustehender Beuterechte. So ist die Greuelpropaganda, mit welcher die Deutschen regelmäßig auf das Ausbleiben wirklicher Greuel und erstaunliche Milde reagieren, keineswegs nur das Produkt einer im Dienst sadistischer Wünsche stehenden Phantasie, sondern sie verfolgt zunächst einen viel neutraleren Zweck, nämlich den, die Tatsachen in Einklang mit wesentlichen Ordnungsvorstellungen zu bringen. Wenn die Landsleute sich einreden, die amerikanische Intervention im Irak habe schon Millionen Tote gefordert und sei der Tendenz nach nichts als ein Raubkrieg um Öl, oder wenn sie nicht müde werden, dem früheren DDR-Regime und seinem zahnlosen Geheimdienst die scheußlichsten Verbrechen anzudichten, dann geben sie keineswegs nur ihren Vorlieben und Lüsten nach, sie gönnen sich dann gewissermaßen keinen Luxus, auf den man auch verzichten könnte. Vielmehr versuchen sie nur, das temporär erschütterte Vertrauen in die Existenz einer Ordnung zurückzugewinnen, welche lebenswichtig für sie ist, weil sie der einzige Rechtfertigungsgrund wäre für den Wiederaufstieg Deutschlands als Nation.

Gewiß haben die hiesigen Ordnungsvorstellungen eine lange Ahnengalerie, doch wäre es falsch, ihre Existenz

mit der geistesgeschichtlichen Tradition zu erklären, mit der Weitergabe bestimmter Ideen von einer Generation zur anderen, mit der Macht von Gewohnheit und Trägheit. Nicht deshalb, weil die Großväter bestimmte Ideen hatten, sondern weil sie vollendete Tatsachen schufen, hängen die national gesonnenen Enkel heute am Bild einer von nackter Gewalt regierten Welt, und man wird ihnen gerechterweise zubilligen müssen, daß ihr Interesse daran logisch begründet ist. Weil geschaffene Tatsachen nicht ungeschehen zu machen sind, lassen begangene Verbrechen sich nur durch eine andere Bewertung der Fakten tilgen. Umwertung der von Deutschen geschaffenen Fakten heißt, das Bild von einer Welt zu entwerfen, worin Auschwitz zwar nicht gerade der Normalfall, aber auch nicht besonders außergewöhnlich ist. Temporär auftauchende Zweifel an diesem Weltbild lösen verständlicherweise Abwehrreaktionen aus, und zwar besonders massive dann, wenn es ausgerechnet die ehemaligen Opfer sind, welche sich nicht in dies Weltbild fügen. Daß es in Israel keine Massendeportationen von Palästinensern gibt, keine Massenschießungen, keine Konzentrationslager, von Vernichtungslagern nicht zu reden, ist der wahre Grund für eine dauernd von Deportationen und Erschießungen sprechende antiisraelische Greuelpropaganda hier, weil der vergleichsweise humane Umgang der Israelis mit ihren erklärten Feinden eine Fiktion zerstört, an welche die Nationalisten unter den Deutschen sich wie ein Ertrinkender an den Strohalm klammern müssen: Die Juden hätten mit uns das Gleiche gemacht, wären sie in unserer Lage gewesen, wir sind nicht schlechter als sie, es war eben nur so, daß wir die Macht hatten und sie nicht.

Auch die antijugoslawische Medienkampagne in der Bundesrepublik, die so plötzlich und heftig aufschäumte, daß sie den unvorbereiteten Leser wie ein Natureignis traf, war zunächst eine Abwehrreaktion und beherrscht vom Willen, an die Stelle wirklicher Fakten Informationen zu setzen, die sich mit den hiesigen Ord-

nungsvorstellungen vertragen. Ein Feindbild wurde daher entwickelt, das nicht der jugoslawischen Volksarmee im Jahr 1991 glich, wohl aber der deutschen Wehrmacht im Jahr 1941. Weil die Deutschen sich die Existenz einer nach ihrem Ebenbild geformten Welt einreden wollen, spricht ihre Greuelpropaganda gegen andere stets von der eigenen Vergangenheit, zum Befremden der Ausländer zumeist, die zwar den Sinn der Rede begreifen, aber den Grund nicht verstehen, warum jemand an die eigenen längst vergessenen und vergeblichen Verbrechen dergestalt erinnert, daß er sie anderen vorwirft; warum die deutsche Presse unentwegt von einem *Großserbien* spricht, obgleich dies Wort nur die Assoziation *Großdeutschland* provoziert, also alte Schrecken beschwört und vor neuen Ambitionen der Deutschen warnt, wobei die Warnung fast schon einer Drohung ähnelt.

Mobilmachung in den Medien: Die Wiederkehr der Nazi-Propaganda als anti-serbische Hetzkampagne

Wenngleich zu erwarten war, daß die Schilderung der Vorgänge in Jugoslawien durch die deutsche Presse eine Projektion vergangener eigener Verbrechen in die Gegenwart sein würde, so gaben der Eifer und die Einmütigkeit, mit welcher an der Herstellung des Wahnbildes gearbeitet wurde, doch Rätsel auf. Ein »Völkergefängnis« nannte der *Spiegel* vom 8.7. 1991 Jugoslawien auf der Titelseite, etwa so, als wäre dies Land das verkleinerte Abbild Europas unter deutscher Besetzung. »Serbien sucht seine Vormachtstellung im Reich der Südslaven mit Terror zu behaupten«, hieß es weiter, als würden noch immer auf dem Balkan Erschießungskommandos der Wehrmacht eine in Geiselhaft genommene Zivilbevölkerung massakrieren. Von einem »Amoklauf Belgrader Panzerkommunisten« war die Rede, als habe gerade General Guderian seine Kettenfahrzeuge Richtung Osten in Marsch gesetzt, wo sie damals in der Tat

nichts als eine breite Spur der Verwüstung hinterlassen hatten.

Zu ganzer Pracht entfaltete sich das auf Projektion beruhende Wahnbild in der *FAZ*, wo Mitherausgeber Johann Georg Reißmüller drei Wochen lang beinahe täglich Kolonnen schrieb, deren jede fast den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllte. Wohl zum ersten mal in der Nachkriegsgeschichte wurde von einer als seriös geltenden deutschen Zeitung über einen längeren Zeitraum hinweg kontinuierlich und systematisch eine ethnisch definierte Gruppe als Inbegriff des Bösen schlechthin dargestellt. Offen schlägt politische Polemik in völkische Feindschaft um, wenn Reißmüller etwa am 4.7. nach der eigentlichen Ursache allen Übels in Jugoslawien sucht, und wenn er dann bei der Suche zwar keine Juden, aber immer Serben findet:

»Die verfallende jugoslawische Staatsmacht ist seit Jahren ein Verbund aus den führenden Politikern der Republik Serbien, wie Milošević oder Jović, und den maßgeblichen Generälen der jugoslawischen Volksarmee. Alle sind serbischer Nationalität, großserbisch orientiert und Kommunisten. [...] Der serbische militär-bolschewistische Komplex führt seit dem Frühjahr 1990, als die Republiken Slowenien und Kroatien sich vom Kommunismus abwanden und sich der großserbischen Herrschaft zu entziehen suchten, einen verbissenen Kampf um die Erhaltung Jugoslawiens als eine Art Eigentum. Dabei bedient er sich vor allem physischer Gewalt und der Drohung mit ihr. [...] Einmal trieben die Belgrader Politiker, dann wieder die Belgrader Generäle die Erpressungspolitik mit einem neuen Stoß voran. [...] Die mißhandelten Völker in dem, was bisher Jugoslawien war, sind in der Hand serbischer Herren, von denen manche Uniform, andere Zivil tragen.«

Keineswegs machen die falschen Tatsachenbehauptungen selber schon in der zitierten Passage deren demagogischen Charakter aus, vielmehr ist es der Trick, das Triviale, das unter bestimmten Prämissen logisch Selbstverständliche wie die Offenbarung eines Geheimnisses darzubieten. Gesetzt den Fall, Serbien würde im jugoslawischen Staatsverband wirklich eine dominieren-

de Rolle spielen: Dann wäre dies ein aus der Geschichte nur zu gut bekanntes Phänomen, welches mit den Serben als besonderer ethnischer Gruppe wenig zu tun hat, viel aber damit, daß sich zwischen Bevölkerungsgruppen leider Machtstrukturen und Machtgefälle herauszubilden pflegen. Eine serbische Dominanz vorausgesetzt, wäre es wiederum das Normalste von der Welt, in führenden Positionen, wenn sie mit Machtausübung verbunden sind, häufiger Serben anzutreffen, und dies läge nicht in einer besonderen serbischen Eigenart begründet, sondern wäre der übliche Ausdruck von Machtverteilung, analog etwa zum Parteien- und Konfessionen-Proporz beim hiesigen Rundfunk. Reißmüller gibt nun in seiner Kolumne vor, diese simplen Zusammenhänge nicht zu verstehen. Er setzt die serbische Dominanz in Jugoslawien einerseits voraus, um andererseits mit gespieltem Erstaunen und wachsendem Grimm festzustellen, daß unter den Generälen und Politikern viele Serben sind. Seine Botschaft heißt: Es muß etwas Besonderes, etwas Geheimnisvolles dran sein an den Serben.

Zu den Eigenheiten des faschistoiden Wahrnehmungsmusters gehört, daß ihm die Fremdgruppe am fremdesten ist, wo sie sich normal verhält. Daß die Juden auch außen, daß sie auch schliefen, daß sie auch lebten, überhaupt daß es sie gab, war der eigentliche Skandal. Wann immer der Faschistoide die Normalität beschreibt, wird daraus folglich eine Enthüllungsgeschichte. Wie in der Nazipropaganda hinter dem Bankier und dem Literaten, dem Spekulanten und dem Bolschewisten, wenn man nur tief genug blickte, immer wieder der Jude zum Vorschein kam, so haben auch Reißmüllers Serben es an sich, daß sie nicht hauptberuflich nur Serben sind, sondern sich hinter vielen Masken verbergen und vielerlei Gestalt annehmen können. Reißmüller zitiert beispielsweise einen Kroaten mit dem Satz: »Die Serben wollen uns umbringen«, um ihn durch eigene Betrachtungen zu ergänzen: »Die Serben in vielerlei Gestalt. Da ist vor allem die jugoslawische Volksarmee mit ihren serbischen Generälen. Dann der Staat Serbien, bedrohlicher

Nachbar. Schließlich die serbischen Volksgruppen in Kroatien.« (24.7.) Die längst noch nicht vollständige Aufzählung dessen, was es, wenn man das Serbische voraussetzt, alles an Serbischem gibt, ist in Deutschland eine beliebte Methode, das Attribut als etwas Wesenhaftes auszugeben, das durch alle Erscheinungsformen hindurch, in denen es sich angeblich manifestiert, mit sich identisch bleibt. Das Frauen-Café ist dann nicht wesentlich Café, sondern wesentlich eine Erscheinungsform des Weiblichen, die jüdische Wissenschaft im Wesen nicht Wissenschaft, sondern jüdisch, und die serbischen Generäle sind nicht vor allem Generäle, sondern Serben. Der Subsumtionsbegriff oder der Zuordnungsbegriff, der zunächst nur klassifikatorischen Zwecken, eben der Zuordnung von Menschen zu Nationen oder Völkern dienete, verwandelt sich dabei stillschweigend in einen letzten Erklärungsgrund: Ein Serbe ist, wie er ist, nämlich schlecht, weil er Serbe ist.

Wie die Nazipropaganda den Hilfsbegriff des »Verjudeten« entwickeln mußte, zur Beschimpfung von Gegnern, denen beim besten Willen keine jüdische Urgroßmutter nachzuweisen war, kennt auch Reißmüller neben den Serben von Geblüt solche von Gesinnung:

»Die Armee des zerfallenden Vielvölkerstaates Jugoslawien ist ihrer Anlage nach eine Vielvölkerarmee. Eigentlich müßte der Zerfall des Staates auch sie erfassen. Doch bei näherem Hinsehen erweist sich die JVA als ein serbisches Instrument. Die Generalität besteht vorwiegend aus Serben und Montenegriern. Kroatische, slowenische, mazedonische, bosnisch-muslimische Generäle gibt es auch; aber nicht viele. Manche von ihnen sind in jahrzehntelangem Dienst in einer serbisch geführten und orientierten Armee zentralistische Jugoslawisten geworden; diese Einstellung kommt der großserbischen nahe.« (28.6.)

Wie die Rassisten an ihrer eigenen Ideologie verzweifeln mußten, hielten sie diese nur konsequent durch, so steht auch Reißmüller bisweilen vor der Schwierigkeit, daß im wirklichen Leben die dort auch kaum noch einwandfrei nachzuweisende Abstammung keineswegs die Denkwei-

sen und Verhaltensweisen der Menschen determiniert. Und wie die Rassisten löst Reißmüller das Problem nach der Devise: Wer Serbe ist, bestimme ich.

Wie in der Nazi-Propaganda ein als Jude Bezeichneter eigentlich gar nicht mehr beschimpft werden mußte, weil der Name selber schon ein Schimpfwort geworden war, stellt Reißmüller in seinen Artikeln systematisch Konnotationen zum Wort ›serbisch‹ her, die am Ende jede weitere Bewertung des einmal als serbisch identifizierten Gegners überflüssig machen. In einer einzigen Kolumne, der von 2.7., empört er sich über: den »brutalen Herrschaftswillen serbischer Politiker und Generäle«; die »serbisch-kommunistische Macht, die sich Jugoslawien nennt«; die »im serbischen Dienst stehende Belgrader Zentralregierung«; die »Belgrader Aggressionslust«; den »gewalttätigen Belgrader Staat«; den »Belgrader Serbo-Kommunismus«; den »großserbischen Machtanspruch«; den »Belgrader Zwangsverband«. Wie ein Kampfblatt der früheren Nazi-Presse setzt die FAZ sich über das sonst in bürgerlichen Zeitungen respektierte Gebot hinweg, daß man sich im Ton zu mäßigen habe; daß Polemik erlaubt sei, nicht aber die einfach nur Beleidigungen aneinanderreihende Schimpfkannonade; daß ein blutrünstiges Sprachbild wie etwa das vom »großserbisch-kommunistischen Messer am Hals« (18.7.) der Slowenen und Kroaten allenfalls ins Revolverblatt gehöre oder in den Groschenroman.

Ähneln Reißmüllers Serben einerseits dem antisemitischen Stereotyp vom Juden, der nur schlecht sein kann, so konstruiert er andererseits Greuelgeschichten, worin die Serben wie ein Abziehbild der Deutschen zwischen 1939 und 1945 wirken:

»Das erste, königliche Jugoslawien war ein großserbischer Staat, der die anderen Nationen unterdrückte; im Fall der albanischen Volksgruppe im Süden ging das bis zu genozidhafter Verfolgung. Und dieser Staat unterwarf alle seine Untertanen einem grausamen Regime. [...] Unter dem kommunistischen Regime, das sich schon in der Kriegszeit festsetzte, wurde das Übel noch größer. Tito begründete seine Herrschaft

auf Menschenvernichtungsaktionen, vor allem gegen Kroaten, Albaner, Slowenen.« (29.6.)

Auch wer beim Wort von den Menschenvernichtungsaktionen noch nicht hellhörig geworden ist, wer noch nicht verstanden hat, wen der Kolumnist meint, wenn er von den Serben spricht, ist bei Reißmüller kein hoffnungsloser Fall. Damit auch die Tauben und die Befruchtungsstützen ihn verstehen, fordert er: »Die zivilisierte Welt muß die serbische Nation mit allem Ernst und auch mit der Ankündigung von Konsequenzen mahnen, von ihrem Herrenvolk-Wahn abzulassen.« (8.7.)

Man fragt sich schon, von welchem Teufel ein patriotisch-konservativer deutscher Kolumnist geritten sein mag, ausgerechnet jetzt den ›Herrenvolk-Wahn‹ ins Gespräch zu bringen und so dem Ausland das Stichwort für eine plausible Erklärung der aktuellen deutschen Politik zu liefern, aber es kommt noch besser. Als ließe ihn die Erinnerung an die Schuljungen von Kragujevac nicht mehr los, die 1941 von der Wehrmacht als Geiseln erschossen wurden, suggeriert er dem Leser und wohl mehr noch sich selbst, die jugoslawische Geheimpolizei habe eine Massenvergiftung albanischer Kinder versucht:

»Im März 1990 erkrankten auf dem Amselfeld plötzlich mehr als tausend albanische Kinder, vor allem Schulkinder, an schwerer Vergiftung. Die von der serbischen Obrigkeit mit der Untersuchung der Ursache beauftragten serbischen Ärzte behaupteten, sie könnten nichts feststellen. Der Verdacht besteht, daß die serbische Geheimpolizei die Kinder mit Gift umzubringen versuchte. Das würde sich in die serbischen Bestrebungen einfügen, die albanische Bevölkerungsgruppe auf dem Amselfeld zu reduzieren.« (17.7.)

(Zur Erinnerung: Der Vorgang war die Kopie eines anderen, der sich davor in Israel abgespielt hatte. Das zu Propagandazwecken ausgestreute Gerücht, palästinensische Schulkinder würden von den Israelis vergiftet, hatte dort zu einer Massenhysterie mit ausgeprägten somatischen Symptomen geführt. Weder in Israel noch in Albanien konnte Ärzte ein medizinische Erklärung

für das massenhaft auftretende Unwohlsein finden. In beiden Fällen wurde es dennoch propagandistisch ausgeschlachtet, wobei weder die palästinensischen noch die albanischen Agitatoren sich darüber zu wundern schienen, daß vom jeweils zuständigen Geheimdienst hinterrücks verabreichtes Gift nicht besser wirkt: Es gab keine Toten.)

Wie die Nazi-Propaganda keineswegs in sich schlüssig war, so unterstellt Reißmüller einerseits den Serben einen Herrenvolk-Wahn, und andererseits findet er eine gemeine Lust daran, zusammen mit den Slowenen die Serben aus der Herrenvolk-Perspektive als Untermenschen zu betrachten. Der Genuß an der Demütigung armer Leute um ihrer Armut willen spricht aus seinen Worten, wenn er die folgende Episode erzählt, und geschickt, wenn auch gewiß unbewußt, spekuliert er auf das Reaktionsmuster des deutschen Analcharakters, dem eine blitzblanken Klo-Schlüssel als Inbegriff von Zivilisation gilt:

»Viele Serben wären sogar erleichtert, wenn die ihnen im Wesen fremden, weil gänzlich unbalkanischen Slowenen, deren Blicke und Worte sie oft als hochmütig empfinden, nicht mehr mit im jugoslawischen Staat wären. ›Nein, wir möchten unbedingt ein Zimmer mit Dusche und WC, so sind wir es halt bei uns daheim in Slowenien gewohnt‹, sagt nach langem Hin und Her eine Slowenin am Empfang eines Hotels in einer serbischen Kleinstadt. Man muß die Gesichter der Serben, die danebenstehen, und des Personals gesehen, man muß ihre Bemerkungen dazu gehört haben, um zu wissen, wie ein solches Erlebnis Serben aufbringt.« (15. 7.)

Ganz abgesehen davon, daß Reißmüller hier seine eigene Legende vom serbischen Herrenvolk dementiert und er also den Serben zugleich vorwirft, sie seien zu stark und zu schwach, zu arm und zu reich, exakt so, wie die Nazis dies bei den Juden taten: Der Ton der Schilderung erinnert an jene Polen- oder Russenwitze, die meist zur Pointe haben, daß einer das Wasserklosett für ein Fußbad hält, welcher Irrtum den Lachern dann das im Leben so schmerzlich entbehrte Überlegenheitsgefühl

gewährt. Möglich, daß der Iwan oder der Polacke aus der NS-Propaganda und den Landserromanen als Serbe wieder eine Zukunft hat, denn im Maße, wie das wieder vereinigte Deutschland in einander fremde Stämme zerfällt und immer mehr Deklassierte den Trost aus der Flasche suchen, muß das unerträglich gewordene Bild der Landsleute voneinander auf einen fremden Feind projiziert werden.

In seinem Bericht über den »Kampf serbischer Extremisten in Kroatien« meint *Spiegel*-Reporter Erich Wiedemann (Ausgabe vom 8.7.) zwar, einen Serben zu zitieren und zu porträtieren, wenn er schreibt:

»Papirr, Papirr, Papirr! Der kleine dicke Mann klopft mit seinem Kugelschreiber ungeduldig auf die Kühlerhaube. Der Lauf der Kalaschnikow schrammt häßlich quietschend über die Wagentür. ›Er will deinen Reisepaß sehen‹, brummt Jovan, der Dolmetscher. ›Mach schnell!‹ Aber der Dicke schlägt den Paß gar nicht auf. Er will überhaupt nicht wissen, was drinsteht. Er beugt sich schäffisch lächelnd durchs Wagenfenster, klatscht den Paß auf die flache Hand und läßt warmen süßen Sliwowitzdunst nach innen wehen. Es handelt sich hier zweifellos um einen hoheitlichen Akt.«

Doch fällt es nicht schwer, im versoffenen, radebrechenden Subjekt den Ossi wiederzuerkennen, wie er über die Mattscheiben geistert, den feisten, angetrunkenen, der deutschen Sprache nicht mächtigen Dresdener Rechtsradikalen, wie er gerade Polizist spielt und sich einen Hütchenspieler schnappt.

Das Bemerkenswerte an der anti-serbischen Medienkampagne war nicht nur, daß wohl erstmals in der Nachkriegsgeschichte auch im Ausland vertriebene deutsche Blätter auf die dort zu erwartenden Reaktionen keine Rücksicht mehr nahmen und Artikel druckten, welche den Vergleich mit der nationalsozialistischen Hetzpropaganda gegen den inneren Feind oder gegen später überfallene Nationen förmlich herausfordern. Bemerkenswert war vielmehr auch die Dynamik dieser Kampagne, ein Entwicklungstempo, bei welchem die rechtsradikale *Nationalzeitung* bald kurzatmig wur-

de und einfach nicht mehr Schritt hielt. Wie Reißmüller erwähnte zwar auch die *Nationalzeitung* (vom 19.7.) die »Völkermorde Jugoslawiens«, sie deckte ein weiteres mal »Jugoslawiens blutiges Geheimnis« auf, nämlich die »Massenmorde an Deutschen«, doch während die *FAZ* Tag um Tag einen Hetzartikel nach dem anderen produzieren konnte, stieß die *Nationalzeitung* bald an die Grenzen ihrer redaktionellen Kapazität. Statt den Leser mit frisch Aufgebrühtem zu beliefern, schlug sie ihm Bücher zur Lektüre vor. Einer der Titel könnte den *Spiegel* zu seiner Cover-Story über das jugoslawische Völkergefängnis inspiriert haben, müßte man von den Redakteuren nicht mittlerweile annehmen, daß sie auch ganz von allein darauf gekommen sind: »Völkermord der Tito-Partisanen: Das blutige Ausmaß der Untaten«; »Titostern über Kärnten: Die Verbrechen der Partisanen«; »Die Peitsche des Tito-Kommissars: Das Schicksal einer Mutter, die die Hölle eines jugoslawischen Vernichtungslagers überlebte«; »Er hat gestanden: Erinnerungen — das wahre Gesicht des jugoslawischen Völkermörders.«⁴⁶

Bemerkenswert war ferner, daß die Kampagne ohne Vorwarnung und Vorbereitung kam. Binnen weniger Wochen nur hatten die Medien gleichsam aus dem Nichts kein einfaches, nur flüchtig hingestricheltes Feindbild, sondern ein wahres Kolossalgemälde von einem Feindbild an die Wand gezaubert, denn bis vor kurzem noch waren die Serben für die hiesige Öffentlichkeit nichts weiter als ein unbeschriebenes Blatt. Wer vor einem halben Jahr hätte voraussagen müssen, welches Volk das bevorzugte Haßobjekt der deutschen Medien werden würde, hätte vielleicht auf die Polen oder auch die Tschechen, aber bestimmt nicht auf die Serben getippt, denn nach Jugoslawien ist es ein weiter Weg, noch liegt Österreich dazwischen, und sogar die Nazis waren realistisch genug, sich ihre Feinde zunächst nach Maßgabe der Erreichbarkeit auszusuchen. Bemerkenswert ist obendrein, daß diese Kampagne in dem Sinn eine inszenierte und gesteuerte war, als sie nicht eine

schon vorhandene Grundstimmung in der Bevölkerung aufgriff, artikulierte, propagierte und radikalisierte. Vielmehr warfen die Medien ein von ihnen entwickeltes neues Produkt auf den Meinungsmarkt, und es stieß bei den breiten Massen nicht mal auf sonderliche Resonanz. Anders als sonst muß in diesem Fall unterschieden werden zwischen der breiten Masse der Bevölkerung und einer sozialen Schicht, die man früher als die bildungsbürgerliche bezeichnet hätte, während man heute vielleicht besser von den Funktionären der Medienindustrie spricht, deren Branchen die Medien, die Parteien, die Verbände und deren Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit sind. Hier, nicht in Wohnglück mit hoher Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquote, entstand binnen kürzester Frist ein System aus Anschauungen und Ideen, wie sie in der deutschen Gesellschaft das staatlich organisierte Pogrom und den Ausrottungskrieg legitimieren halfen. Während die Aversion gegen Asylbewerber ein ebenso klassen- und schichtenübergreifendes Phänomen ist, wie es die nationale Begeisterung im Herbst 1989 oder im Juli 1990 gewesen war; während auch die antiamerikanische Medienkampagne im Golfkrieg sich auf eine wirkliche Massenbewegung berufen konnte, obgleich diese Massenbewegung keineswegs die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stellte, bot die antiserbische Stimmungshetze sich als eine nur von den Medien erzeugte und ausschließlich auf sie beschränkt bleibende dar, was dem Propagandafeldzug etwas Spukhaftes gab, denn er war zunächst Massenmobilisierung ohne Massen. Einerseits liegt damit die Vermutung nahe, daß ein neuer deutscher Faschismus keiner des Mobs, sondern einer der Elite sein würde, und daß man die Entwicklung nicht an den Rändern, sondern im Zentrum beobachten muß. Andererseits stellt sich die Frage, ob dieser Elitenfaschismus, dessen Kampfblatt beispielsweise die *FAZ* werden könnte, die notwendige massenmobilisierende Kraft aufbrächte. Zur Hoffnung gibt Anlaß, daß die *Bild-Zeitung* sich auffällig zurückhielt.

Die erste Balkan-Offensive: Der verlorene Blitzkrieg

Bemerkenswert war schließlich, daß nun schon zum zweiten mal in diesem Jahr, und wohl auch zum zweiten mal in der Nachkriegsgeschichte überhaupt, eine heikle außenpolitische Entscheidung von den Medien getroffen wurde, als deren williges Vollzugsorgan sich Parteien und Regierung erwiesen. Wie schon im Golfkrieg, so gab es auch diesmal eigentlich keine Parteien mehr, denn hinsichtlich der Parteinarahme für Slowenien und Kroatien waren sich von der NPD bis zur PDS alle einig. Und deutlicher noch als im Golfkrieg ließ unter dem Druck der Medien die Bundesregierung sich ein auf ein außenpolitisches Powerplay, das sie weder durchhalten noch gewinnen konnte. Was die Regimes in Slowenien und Kroatien fortan mit Bonn verband, war nicht nur wechselseitige Sympathie, sondern eine Art Schicksalsgemeinschaft, die Zwangslage von Regierungen, die aus innenpolitischen Gründen außenpolitisch zu hoch gepokert haben.

Das Abenteuerspiel begann damit, daß die Kolumnisten von *FAZ*, *Welt*, *FR*, etc. einen Widerhall bei den Parteien fanden, die sämtlich seit der Wiedervereinigung in der Krise steckten und nichts mehr fürchteten als weitere Popularitätsverluste und die nächste Wahl. Die *Welt* vom 28.6. verschwieg, daß die wirklichen Scharfmacher aus der SPD kamen, nämlich Voigt und Gansel hießen, und berichtete unter dem Titel »Union rügt Jugoslawien-Politik. Kurskorrektur von Bonn und EG verlangt«:

»Die CDU/CSU hat sich unter Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker Jugoslawiens von der bisherigen vorsichtigen Haltung der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft zum Zerfall des Adria-Staates abgesetzt. Die Bundesregierung und die EG müssen endlich von ihrer Bevorzugung der jugoslawischen Zentralregierung abrücken, fordern in Bonn die Führung der CDU/CSU-Fraktion.«

Den Forderungen von Parlament und Parteien wiederum konnte eine Regierung sich nicht verschließen, die

ihrerseits unter rapidem Popularitätsverlust sowie einem Ohrwurm in Gestalt des Sprüchleins »Wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe« litt. Wie man den slowenischen und kroatischen Aktionismus nicht verstehen kann, ohne die prekäre Situation der dort amtierenden Regimes zu begreifen, so muß die Haltung der Bundesregierung rätselhaft bleiben, wenn man von den innenpolitischen Motiven für das außenpolitische Vabanquespiel abstrahiert. Zur Illustration der Lage in Deutschland wiederum genügt fast schon der Hinweis darauf, daß der *Spiegel*-Titel Nr. 28 »Völkergefängnis Jugoslawien. Terror der Serben« ein Lichtblick zwischen zwei anderen war. Davor gab's den zerquetschten kleinen Mann im Würgegriff und die bange Frage: »Steuer-Opfer für den Osten. Wieviel noch?«, danach Gorbatschow mit der Schlagzeile »Teurer Gast«.

Nicht nur hatten die Wirtschaftsdaten sich gravierend verschlechtert, als die Regierung vom Parlament die Chance zur außenpolitischen Entlastungsoffensive offeriert bekam, sondern unter den Daten hatte auch schon das Nationalbewußtsein gelitten und es breitete sich wieder einmal Endzeitstimmung aus. Die *Stuttgarter Zeitung* vom 11.7. kommentiert unter dem Titel »Das Ende des Wunders«:

»Vierzig Jahre lang war die Bundesrepublik das Land des Wirtschaftswunders, stabil und fast immer voller Dynamik. Es waren die anderen, die sich mit Inflation und Defiziten herum-schlagen. Das droht sich zu ändern: jetzt werden die Deutschen vom Ausland zu soliderer Wirtschaftspolitik ermahnt. Und in Bonn dämmert es den ersten: Hat man sich, so reich man auch ist, an der DDR verhoheit? [...] Auch wenn wir es nicht wahrhaben wollen: nach der Einheit sind wir nicht mehr »Supermann«. Die Franzosen haben die Deutschen in puncto Leistungsfähigkeit übertroffen.«

Die *FAZ* vom gleichen Tag berichtet:

»Tiefe Sorge bereitet der Bundesbank außerdem der Ansehensverlust Deutschlands im Ausland, der am Devisenmarkt seine Entsprechung in einer stetigen Aufwertung des Dollars findet.«

Das Blatt kommentiert:

»Die Bundesrepublik Deutschland steht an einem kritischen Punkt. Im Etat für 1992 geht es nicht nur um finanzwirtschaftliche Zahlen, sondern um das Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität des Landes.«

Und zum Beweis dafür, daß dergleichen Sorgen keineswegs nur die gebildeten und die wohlhabenden Stände plagten, sei auch noch die *Bild*-Zeitung vom 16.7. mit der Balkenschlagzeile »Angst um die D-Mark«, Untertitel »Die Inflation nimmt zu, Steuern steigen, Zinsen rauf« zitiert:

»Was ist nur mit unserer D-Mark los? Vier Jahrzehnte lang war sie strahlendes Symbol unseres Fleißes, garantierte Wohlstand für uns alle. Seit Anfang des Jahres wird die harte Mark bei nahe täglich weicher. [...] Hier die beängstigenden Zahlen: In diesem Jahr hat sich der Staat bereits mit über 190 Milliarden Mark (netto) verschuldet. [...] Die hohen Kredite, die dafür aufgenommen werden müssen, bedrohen den Wert der Mark: Das Ausland zweifelt, ob die Deutschen mit diesem Finanzproblem fertig werden. Mißtrauisch stoßen die Devisen-Händler die D-Mark ab, kaufen stattdessen den Dollar. Der Wert der Mark geht runter, der des Dollars rauf.«

Zwar wäre dies alles ein logisch zwingender Grund gewesen, nun von Jugoslawien erst recht die Finger zu lassen, nachdem man sie sich an der DDR schon einmal verbrannt hatte. Hinlänglich war mittlerweile belegt und bewiesen, daß die Destabilisierung des Ostblocks ein Spiel ohne Gewinner ist. Auch die überzeugtesten Großraum- und Geopolitiker hätten inzwischen erkennen müssen, daß das Streben nach politischen Macht- und Einflußsphären im Osten eines nach dem eigenen ökonomischen Ruin geworden war. Daß die hiesige Öffentlichkeit sich dennoch begeistert und voller Gier ins Getümmel stürzte, mag mit der Präferenz für die Alternative *Endsieg oder totale Niederlage* zusammenhängen, mit der Unfähigkeit zum geordneten Rückzug — wirklich begreifen läßt diese selbstzerstörerische Haltung sich zunächst nicht.

Nicht, daß man für die Empfindungen der geschichtsbewußten unter den Landsleuten kein Verständnis aufbringen könnte, war Jugoslawien doch aus dem Zweiten Weltkrieg als antifaschistische Siegermacht hervorgegangen. Ferner gehört es sich, daß man alten Freunden hilft, also den wieder zur Macht drängenden kroatischen Klerikalfaschisten. Außerdem steht der Zerfall Jugoslawiens für das Scheitern einer Politik, unter welcher die Deutschen seit fast 100 Jahren immer litten, wenn sie einen Krieg anfangen und ihn nicht gewinnen. Während die linksliberale *Frankfurter Rundschau* (vom 28.6.) das Ende Jugoslawiens als Überwindung von Jalta — Stichwort: Teilung Deutschlands — feierte, blickten konservative Blätter noch weiter zurück. Die *Welt* vom 29.6. erinnerte an eine »uralte Kultur-, Religions- und Nationalengrenze«, die angeblich ewig durch Jugoslawien ging, und schrieb:

»Das System der Pariser Vorort-Verträge — Versailles, Saint-Germain, Trianon —, das nach dem Ersten Weltkrieg entstand, versuchte, diese Grenze aufzuheben. Es hat Völker und Länder in einen gemeinsamen Staat gepreßt, die in ihrer über tausendjährigen Geschichte niemals zueinander gehörten. [...] Jetzt allerdings zeigt sich, daß tausend Jahre Geschichte mehr wiegen als siebzig Jahre Einheitsstaat und vierzig Jahre Kommunismus.«

Auch die *FAZ* vom gleichen Tag erwähnte die »Pariser Vorortverträge« — zu Deutsch: Das Versailler Diktat — und meinte:

»Durch sie wurde die Staatenföderation aus Serben, Kroaten und Slowenen geschaffen; Amerika und die westeuropäischen Mächte waren dabei Taufpaten und stehen bis heute, in falsch verstandener Verantwortung, zu der historischen Mißgeburt.«

Das Wort von der Mißgeburt, ausgerechnet im Kampfblatt der Abtreibungsgegner, deutet schon darauf hin, daß man den Landsleuten unrecht täte, würde man in ihren antijugoslawischen Gefühlen ausschließlich Rachegehlüste sehen. Vielmehr flößt dieses Land ihnen auch bei unvoreingenommener Betrachtung ästhetisches

Unbehagen ein. Allerdings fällt die Unterscheidung zwischen Rachegehlüsten und ästhetischem Unbehagen in der Praxis nicht ganz leicht, weil die auslösenden Objekte stets Anlaß für beides sind. In einer Fernsehkritik aus der *Stuttgarter Zeitung* vom 5.7. über die ARD-Sendung »Amerika '91« beispielsweise war zu lesen:

»Daß es um die amerikanische Wirtschaft nicht zum besten bestellt ist, flüstert man sich schon lange. Dafür geht es mit dem Nationalgefühl wieder aufwärts, und das spielt für eine künstlich zusammengefügte Nation eine große Rolle. [...] Hier kündigt sich das Ende des lange Zeit liebevoll gehegten (angelsächsischen) Wunschbildes vom Schmelztiegel der Nationen an. Heutzutage lassen sich die ethnischen Minderheiten nicht mehr so willenslos unterbuttern. Die Kehrseite der Medaille ist nur angedeutet: Das mentale Zerbrechen eines Kunstgebildes.«

Auch in der *Hamburger Morgenpost* vom gleichen Tag findet man ein Kunstgebilde, welches nur diesmal nicht Amerika, sondern Jugoslawien heißt: »Der Bundesstaat Jugoslawien war ein ziemlich widernatürliches Kunstgebilde und zerbröselte folgerichtig.« Ferner kommt das »Kunstgebilde Jugoslawien« in der *Süddeutschen Zeitung* vor, während die *FAZ* vom 29.6. es diesmal etwas anders nennt: »Das »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen«, wie Jugoslawien bis 1929 hieß, war von vornherein ein Mißgebilde.« In der *Nationalzeitung* vom 19.7. schließlich wächst dann wieder zusammen, was zusammengehört, das Rachegehlüst gegen die Siegermächte und ein Kunstverständnis, dem Mißgeburt, Mißgebilde, Kunstgebilde und Kunstgeburt Synonyme sind: »Die Kunstgeburt der Sieger des ersten Weltkriegs und zugleich das Verbrechersystem des Massenmörders Tito, Jugoslawien, geht unaufhaltsam dem verdienten Ende entgegen.«

Gewiß half bei der Entwicklung von Sympathie, daß die Gebildeten unter den Landsleuten etwas Artverwandtes an den slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu erfüllen meinten, die Sehnsucht nach dem ethnisch homogenen oder rassereinen

Staat. Und sicher empfinden sie stets Genugtuung, wenn andere scheitern am Versuch, die Menschen aus jenen Naturzusammenhängen herauszulösen, die inzwischen ohnehin nur noch eingebildete, die sozialen Gegensätze überkleisternde sind. Denn unter ethnischen Gesichtspunkten sind nach 45 Jahren friedlichen Zusammenlebens und Heiratens als Gastarbeiter in Deutschland und anderswo die Jugoslawen ungefähr so kroatisch oder serbisch, wie ein deutscher Arier arisch war — Tudjman Schwiegersohn ist Serbe. Gewiß begleiten die meinungsführenden Deutschen mit der gleichen Ranküne, mit den gleichen gehässigen Ressentiments, die sie gegen die von ihnen gern als »künstliche Nation« abgewerteten Vereinigten Staaten richten, jede zivilisatorische Anstrengung, das Zusammenleben der Menschen wenigstens innerhalb gewisser größerer Grenzen auf eine vernünftige Basis als Herkunft und Hautfarbe zu stellen. Gewiß ist ihnen alle Emanzipation, aller Fortschritt auf dem Wege zu einer solidari-schen Menschheit verhaßt, und wo ein Rückfall in die Barbarei droht, wo sich ein völkisches Erwachen regt, wird man sie immer auf dessen Seite finden.

Doch kann auch die leidenschaftlichste Sympathie nicht erklären, warum sich Bürger von ihr zu einer Entscheidung bewegen lassen, die ihren Ruin bedeuten muß. Geht man nun weiter der Frage nach, ob nicht vielleicht doch ein Motiv oder ein Kalkül übersehen wurde, so bietet sich noch die Vermutung an, daß die Entscheidung für Kroatien und Slowenien vielleicht eher eine gegen konkurrierende westliche Industrieländer war. In seiner Kolumne vom 4.7. hatte Reißmüller in der *FAZ* sich beklagt über »französische Ansichten, die das deutsch-österreichische Engagement allen Ernstes als Streben nach einer Einverleibung Sloweniens und Kroatiens in eine »germanische Einflußzone« darstellen.« Das seien, fährt er fort, »genau die Stichworte, auf die Serbiens Generäle gewartet haben, um ihren Krieg gegen zwei Völker zu rechtfertigen.« Noch deutlicher war Reißmüller in seiner Kolumne vom 2.7. geworden,

wo es über die drei von der EG mit Schlichtungsbemühungen beauftragten Außenminister De Michelis, van Broek und Poos hieß:

»Schon die Zusammensetzung der ‚Trojka‘ mutet an wie das Ergebnis einer bösartigen Spielerei. Der italienische Außenminister hatte mit immer neuen Reden für die unbedingt zu bewahrende Einheit Jugoslawiens vor aller Welt bewiesen, daß ihm die Einsicht in das fehlte, was in dem zerfallenden Belgrader Staat vorging. [...] Vom niederländischen Außenminister war nichts bekannt, was hinreichende Offenheit für den Willen der slowenischen und kroatischen Nation hätte erkennen lassen, in Freiheit und Würde zu leben.«

Ein Hauch von Balkankrise aus den alten Tagen vor 1914 lag schließlich in der Luft während des deutsch-französischen Propagandakleinkriegs, der in der Form eines Billardspiels abgewickelt wurde: Wenn die französische Regierung der deutschen die Meinung sagen mochte, wurde der österreichische Botschafter in Paris einbestellt; wenn die deutsche Regierung der französischen eine Rüge verpassen wollte, drohte sie Serbien für den Fall weiterer unartiger Zeitungsartikel mit Konsequenzen. Statt aber das Rätsel zu lösen, fügten solche Überlegungen nur ein weiteres hinzu: Welches Interesse konnten die deutschen Bürger daran haben, sich nicht nur die bankrotten Slowenen und Kroaten aufzuhalsen, sondern es obendrein auch noch mit ihren wichtigsten Handelspartnern zu verderben?

Ganz anders freilich verhält es sich, wenn man statt der Bürger die Regierung betrachtet, die seit Jahresbeginn jeden Monat schlechtere Sympathiewerte erhielt und längst angekommen war an dem Punkt, wo Rückzug Rücktritt bedeutet. Lange dauerte es nicht, bis sie begriff, daß sie von der Öffentlichkeit und vom Parlament förmlich gedrängt wurde zu einer Politik, die gegen natürliches Ziel hätte sein müssen, weil es das natürliche Ziel jeder Regierung ist, durch außenpolitische Manöver von einer innenpolitischen Krise abzulenken, die ihren Sturz bedeuten muß. Einer solchen Versuchung

widersteht der Stärkste nicht, und so konnte die Welt am 2.7. schon zufriedenen melden:

»Endlich hat sich der Kanzler klar zum Selbstbestimmungsrecht der Völker auch im Fall Jugoslawiens bekannt. Dies war überfällig — die Bundesregierung hat sich mit ihrer bisher primär auf die Bewahrung der Einheit Jugoslawiens gerichteten Politik zunehmend in der deutschen Öffentlichkeit isoliert. Es mußte Kohl zu denken geben, daß im auswärtigen Bundestagsausschuß Politiker aus Koalition und Opposition übereinstimmend eine Kurskorrektur verlangt haben.«

Während normalerweise der Diktator die Gefolgschaft mit der Parole *Ich oder die Anarchie* einzuschüchtern sucht, war es in diesem Falle so, daß freie Bürger mit der Parole *Du oder das Chaos* vor die demokratisch gewählte Regierung traten und ihr dringend schärfere Maßnahmen zum Erhalt ihrer Macht empfahlen, koste es was es wolle. In viel größerem Maße noch, als den sich häufenden demoskopischen Hiobsbotschaften, den pessimistischen Kommentaren und den Katastrophemeldungen vom Verwaltungstechnischen wie ökonomischen Zusammenbruch der Ostfront ohnehin schon abzulesen gewesen war, hatte sich unter den meinungsführenden Deutschen offenbar die Stimmung eingemischt, daß man vor einem Abgrund stehe. Hinter Kohl, so die Perspektive, kam das Nichts; nicht mal ein Sozialist, sondern einfach gar nichts. Und wenn es brennt, kann man beim Löschen ebenso keine Rücksicht auf entstehenden Wasserschaden nehmen, wie ein Todtkranke bei der Einnahme des lebensrettenden Medikaments keine Gedanken an die schädlichen Nebenwirkungen verschwendet. Begreiflich wird die Entscheidung für eine Intervention im Jugoslawienkonflikt, wenn man sie als Panikreaktion einer Gesellschaft betrachtet, die jedes Vertrauen in die eigene Stabilität verloren hat, weder Perspektiven noch Alternativen sieht. Also bedeutete man Kohl, daß er einen Tiger ritt — bei seiner Statur eine höchst unkomfortable Sportart.

Am 2. Juli also hatte die Bundesregierung sich frohlockend der öffentlichen Meinung gebeugt, der Außen-

minister spielte den strammen Max und spuckte große Töne. In Bonn drohe man für den Fall, daß das jugoslawische Militär die Macht im Staat übernehmen sollte, mit »harten Reaktion« und »ernstesten politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen«, meldete stolz die *FAZ* vom 4.7. »Bonn stärkt die Slowenen und Kroaten« titelte gar die *Welt* vom 5.7., und der arglose Leser mußte aus dem Bericht den Eindruck gewinnen, eine Weltmacht verliere allmählich die Geduld und lasse sich Insubordination nicht länger bieten:

»Zwischen allen Parteien und der Bundesregierung hat sich ein grundsätzlicher Konsens darüber entwickelt, daß Deutschland mit Nachdruck für das Selbstbestimmungsrecht der Slowenen und Kroaten eintreten müsse. Dies ergab sich gestern aus allen Stellungnahmen in Bonn. [...] Der Bundesaußenminister, dessen Haltung sich in der Jugoslawienfrage deutlich verhärtet hat, betonte in einem Fernseh-Interview weiter: »Deutschland wird sich nicht übertreffen lassen, wenn es darum geht, die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Minderheitenrechte zu wahren. [...] Wie ergänzend dazu verlautet, ist die Möglichkeit einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens oder zumindest die Drohung damit in Telefongesprächen mit anderen Außenministerkollegen in den letzten Tagen zunehmend in den Vordergrund gerückt.«

Etwa zur gleichen Zeit berichtete die *FAZ* aus Prag, daß dort französische und englische Rundfunkprogramme ausgestrahlt würden, aber: »Nach Sendungen in der dritten Weltsprache, der des deutschen Nachbarn, sucht man vergebens.« Und wie die Presse, offensichtlich unterm dem Eindruck der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung, allmählich den Sinn für Proportionen ganz verlor, so hatte auch die deutsche Diplomatie jeden Sinn für die Realitäten und für das Schickliche eingebüßt. Es grenzte an Sabotage, daß ein deutscher Außenminister öffentlich versprach, Deutschland werde sich nicht übertreffen lassen, denn zu seinen Pflichten gehört es in diesem besonders gelagerten Fall mit Sicherheit nicht, die Welt an wirklich unübertroffene Leistungen seiner

Landsleute zu erinnern. Und es kam fast schon außenpolitischem Selbstmord gleich, eine drohende Haltung einzunehmen gegenüber einer Nation, die bereits 1941 von den Deutschen überfallen und zerstört worden war.

So leichtfertig handelt in der Regel nur, wer nichts mehr zu verlieren hat, und es bestätigte sich wieder die Erfahrung, daß die Deutschen sich umso siegesgewisser geben, je näher sie einer Niederlage sind. Vom EG-Außenministertreffen am 5.7., auf welches die *Welt* so große Hoffnungen setzte, berichtet die *Frankfurter Rundschau* einen Tag später:

»Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den EG-Regierungen über die Zukunft Jugoslawiens sind von den Außenministern der zwölf jetzt mühsam überbrückt worden. Die Haager Sondersitzung war auf Wunsch der Franzosen einberufen worden, um »die Deutschen an die Gemeinschaftsdisziplin zu erinnern.« [...] Nicht nur in Frankreich, sondern auch in den kleineren EG-Staaten hatten schon die Reise Genschers nach Belgrad und die Kontakte mit Slowenen und Kroaten Mißtrauen geweckt. Daß die großen Bundestagsfraktionen bereits offen die Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden nördlichen Teilrepubliken des Vielvölkerstaats fordern, wird als Zeichen deutschen Großmachtstrebens ausgelegt. [...] Deutsche Alleingänge jedenfalls sind gefährlich, auch wenn die Stimmung im Land sie erfordert.«

Er war aus, der kaum eine Woche dauernde Traum von der Rolle Deutschlands als glorreiche Schutzmacht der Kroaten und Slowenen. Verbittert erinnert sich Reißmüller in der *FAZ* vom 12.7. an den schwarzen Tag: »Genscher, der sie [die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens] nach dem Überfall auf Slowenien ins Auge faßte, fand sich ziemlich allein und sogar noch beargwöhnt.« In Paris dachte man, laut *Libération*, über die »Zone eines erneuerten germanischen Einflusses« nach, »welche Deutschland, Österreich und das sich nach dem österreichisch-ungarischen Kaiserreich der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurücksehnde Slowenien« vereinigen solle, und natürlich brachte man die Sympathie für das heutige Unabhängigkeitsstreben der Slowenen und

Kroatien mit der Politik der Nazis in Verbindung, deren erste Sorge es nach dem Einfall in Jugoslawien gewesen war, ein unabhängiges kroatisches Faschisten-Regime unter deutscher Vormundschaft zu errichten.

Die zweite Balkan-Offensive: Verwandlung der anti-serbischen in eine profaschistische Kampagne und Übergang zum Stellungskrieg

Die Klärung der Mehrheitsverhältnisse in der EG und damit der Machtverhältnisse in Europa vom 5.7. in Den Haag hätte auch das Ende der Medienkampagne bedeuten müssen, sofern ihr einziges Ziel die Ermunterung der Bundesregierung zu außenpolitischen Profilierungsversuchen war. Sie wurde weitergeführt, in der FAZ sogar mit unverminderter Schärfe, und das hieß, daß sie ihre Funktion gewechselt hatte, oder daß eine frühere Nebenfunktion nun in den Vordergrund trat. Zwangsläufig nahm sie nach dem 5.7. zunächst einen subversiven Charakter insofern an, als man sich vorläufig keine Einflußnahme auf die offizielle Politik der Bundesregierung mehr von ihr erhoffen durfte. Reißmüller zog die Konsequenz daraus. In der zweiten Julihälfte verabschiedete er sich von seinem Schreibtisch und geisterte fortan als Kriegsberichterstatter im Troß irgendetweller bewaffneter Banden in Kroatien herum. Von dort setzte er Berichte ab, die in der FAZ eigentlich nur erschienen, damit der Zagreber *Vjesnik* sie als einflußreiche Stimme aus einem befreundeten und mächtigen Land zitieren konnte, im innerkroatischen Meinungskampf gegen eine Opposition, welche den selbstmörderischen, kriegstreiberischen Kurs des Tudjman-Regimes, seine diktatorischen Praktiken und seine faschistoiden Tendenzen kritisierte.

Nicht mehr um den Versuch einer Einflußnahme auf die deutsche Öffentlichkeit und auf die Politik der Bundesregierung, sondern um unmittelbare Pogromhetze handelte es sich, als Reißmüller in seinem Bericht vom

26.7. aus Sisak die in Kroatien lebenden Serben pauschal, en block, als Volksgruppe beschuldigte, sie würden allesamt Waffen besitzen und nur danach lechzen, Kroaten zu überfallen:

»Die Gefahr droht nicht aus der Stadt. Hier sind die Kroaten bei weitem in der Mehrheit, und die Serben vermeiden Auffälliges. Wahrscheinlich haben viele, wahrscheinlich sogar die meisten von ihnen daheim Waffen; und vielleicht würde mancher in der Nacht gern sein nationalistisches Mütchen kühlen. Doch da käme er nicht weit — Sisak ist nachts von Sicherheitskräften der Republik Kroatien sorgfältig bewacht.«

Reißmüller weiter über die Behandlung kroatischer Polizisten, die von serbischen Milizen in Gefangenschaft genommen wurden:

»Sie werden dort mißhandelt. Ein Serbe muß sie alle zwei Stunden prügeln. Bleiben die Schmerzensschreie der Kroaten einmal aus, bekommt der Serbe selber Schläge von seinem Vorgesetzten. Freigelassene haben es in allen Einzelheiten berichtet.«

Man sollte das Wort verbrecherisch meiden, aber man muß diesen Bericht so nennen, weil er selbst dann, wenn sich der Vorfall zugetragen hätte, eine zu weiterem Blutvergießen anstachelnde Lüge insofern wäre, als er die Tatsache unterschlägt, daß sich im Kampfgebiet auf serbischer wie kroatischer Seite längst bewaffnete Banden gebildet hatten, die in erster Linie weder serbisch noch kroatisch waren, sondern einfach Banden — ein Phänomen, welches selbst Tudjman eingestand und ihn erklären ließ, gegen solche Verbände in den eigenen Reihen würde künftig schärfer vorgegangen.

Schon die Fortdauer der Hetze über den Tag hinaus, wo alle Hoffnungen auf einen außenpolitischen Blitzsieg aufgegeben werden mußten, lieferte den Beweis dafür, daß in der Bundesrepublik neben dem nur instrumentellen Interesse an der Unterstützung für Kroatien und Slowenien auch ein substanzielles an der Errichtung faschistischer Herrschaft existierte, das Interesse an

einem Ziel, welches sich derzeit in der Bundesrepublik selber noch nicht erreichen ließ, weshalb seine Protagonisten ihre Tätigkeit ins Ausland verlagerten, nicht ohne die Hoffnung, dort Erfahrungen zu sammeln und Verbündete zu gewinnen, die im Falle eines Falles hilfreich sein könnten. Nahm man die deutschen Waffenlieferungen nach Kroatien und Slowenien hinzu, die von der Bundesregierung so überzeugend dementiert wurden wie damals die Lieferung der Giftgasfabrik nach Rabda, so verdichtete sich das Bild von einem Land, worin einflußreiche Kräfte mit aller Macht faschistische Bestrebungen unterstützen, wo immer sie sich regen.

Obendrein bekam die Kampagne Mitte Juli abermals eine neue politische Qualität, denn mit dem Beschluß der jugoslawischen Zentralregierung vom 18.7., alle Truppen aus Slowenien abzuziehen, verlor die Unterstützung der Separatisten ihren besten Vorwand. Konnte man die Autonomiebestrebungen im ethnisch homogenen Slowenien noch als Ringen um Demokratie und Völkerfreiheit verkaufen — obgleich auch dort die politische Führung, Kučan und Pućnik, ebenso wie das Parlament schnell an Macht verloren und als neuer starker Mann sich Verteidigungsminister Janša in den Vordergrund schob, pikanterweise ein Ex-Pazifist, dessen Karriere in der slowenischen Friedensbewegung begonnen hatte — so sah die Lage ganz anders in Kroatien aus, wo das Staatsvolk mit der Bevölkerung nicht identisch war und kroatische Souveränität gleichbedeutend wäre mit der Unterdrückung von 600.000 Serben durch einen völkischen Staat, über dessen Führer sogar der *Spiegel* vom 16.4.1990 angesichts der damals bevorstehenden Wahlen geschrieben hatte:

»Die größten Aussichten hat die kroatische demokratische Gesellschaft (HDZ), eine extremistische Gruppe, die offen von Groß-Kroatien träumt, Gebietsforderungen an die Nachbarrepublik Bosnien-Herzegowina stellt und fanatischen Haß auf die Serben verbreitet. Ihr Anführer ist der ehemalige General Franjo Tudjman, 68, der Mitte der 60er Jahre wegen der nationalen Frage mit Tito brach und im Gefängnis landete. Buch-

autor Tudjman (Titel: »Große Ideen und kleine Völker«), dessen Gedankengut mitunter dem des faschistischen Ustaschen-Staates Kroatien nahekommt, fordert ein souveränes Kroatien unter Anschluß der Bosnier. Gemessen an Tudjmans Janitscharen, die ihren Führer mit gezogener Colt bewachen, wirkt die stärkste Konkurrenz der Koalition der nationalen Verständigung nahezu zivil.«

Über den kroatischen Ustaschen-Staat und seinen »Polglavnik« (Führer) Ante Pavelić wiederum, in dessen Fußstapfen der *Spiegel* Tudjman wandeln sah, wußte sogar die *FAZ* (12.7.91) zu berichten:

»Dann besetzten deutsche und verbündete Truppen Jugoslawien. Unter deren Schutz bildete Pavelić den »Unabhängigen Staat Kroatien«, der sich damit brüstete, die Juden schneller auszurotten als die Nationalsozialisten es taten. Ihm fielen auch ungezählte Serben und Zigeuner zum Opfer.«

Konnte die Kampagne anfangs zur Not noch als Ausdruck einer blauäugigen, romantisch gefärbten Begeisterung für das Streben kleiner ethnischer Gruppen nach Souveränität und Autonomie passieren, so stand spätestens seit dem 18.7. fest, daß das ordnungspolitische Ziel nicht die kompromißlose völkische Selbstbestimmung war, sondern die völkische Diktatur eines faschistoiden Regimes über die ethnischen Minderheiten innerhalb seines Herrschaftsbereichs. War die radikal pro-slowenische Haltung bei angestrengt gutwilliger Auslegung noch zu begreifen als Versuch, auf billige Weise im Golfkrieg verspieltes Ansehen bei den Westmächten zurückzugewinnen, wo man grundsätzlich bis zum Beweis des Gegenteils jede Installation völkischer Tyrannei im Ostblock als Sieg der Demokratie über den Kommunismus begrüßt, so stellte die pro-kroatische Parteinahme einen Affront gegen die westlichen Länder dar, die im zweiten Weltkrieg zunächst mit den Četniki und später mit den Partisanen gegen das Dritte Reich und sein Vasallenregime in Kroatien verbündet gewesen waren, und wo man heute seine Schlüsse daraus zieht, daß Tudjman von Le Pen besucht wird und er keine

Notwendigkeit sieht, sich anderer Embleme, Wappen und Fahnen als sein Vorgänger Pavelić zu bedienen.

Umso erstaunlicher daher, daß auch die formell prokroatische und faktisch profaschistische Medien-Kampagne wieder unmitttelbaren Ausdruck in der Politik der Bundesregierung fand, die Ende Juli dazu überging, die offene Parteinahme für das Tudjman-Regime mit anmaßenden Invektiven gegen die EG und ihre Gremien zu verbinden. »Sicher werden wir bald wissen, wer in der EG die Fäden so gezogen hat, daß beim Außenministertreffen in Brüssel kein Bevollmächtigter Kroatiens sein wird«, kommentierte die FAZ vom 30.7., und der drohende Ton war diesmal kein Eigenprodukt, sondern dem Außenminister abgelauscht, über den das Blatt zu berichten wußte: »Genscher sagte, es müsse festgestellt werden, wer die Verantwortung dafür trage.« Und wie schon am 4.7. 1991, so mußte genau einen Monat später das Publikum aus den Verlautbarungen von Regierung und Medien abermals den Eindruck gewinnen, als wäre die Vorstellung von einem Europa beherrschenden Viererten Reich schon Wirklichkeit. Zwar scheiterte auch diesmal der Versuch, der EG Termine und Beschlüsse zu diktieren, doch während die erste Balkan-Offensive noch die Form eines kurzen Vorstoßes hatte, dem ein schneller Rückzug folgte, waren nun Interessen und Positionen im Spiel, welche die Bundesregierung zu größerer Beharrlichkeit ermutigten oder zwangen, denn ohne Rücksicht auf die Beschlußlage vom 6.8. in Den Haag fuhr das Außenministerium fort, Serbien mit Sanktionen zu drohen. Der Bundeskanzler tat dies sogar an seinem Urlaubsort, wo er in einem ORF-Interview am 6.8. etwa den folgenden Gedankengang entwickelte: Serbien werde, wenn es nicht papiere, keineswegs nur von der Bundesrepublik, sondern von der ganzen EG mit dem Entzug von Wirtschaftshilfe bestraft. Gewiß, noch teile die EG nicht die deutsche Position, aber sie werde sich dazu durchringen müssen, denn schließlich gebe es keine Währungsunion ohne eine politische Union, und die harte D-Mark sei es doch, was alle wollten.

Am gleichen Tag erschieen zwar die *Frankfurter Rundschau* mit zwei nebeneinander stehenden Schlagzeilen, denen das Motiv für die Aggression abzulesen war. »Bonn schlägt gegen Serbien harten Ton an«, hieß die eine, und die andere: »Mehr als eine Million Arbeitslose im Osten«. Die *FAZ* vom Tag darauf wurde sogar lyrisch:

»Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einer schwierigen Wegstrecke. Nach Osten öffnet sich ein tiefes Tal, verwüstet vom Bergbruch des Kommunismus, aus dem der Wiederaufstieg nur mühsam gelingt.«

Doch wäre es falsch, ein seine innere Schwäche nach außen aggressiv überspielendes Land für harmlos zu halten, und außerdem verlieren Begriffe wie Sieg oder Niederlage ihren herkömmlichen Sinn in einer geschichtlichen Phase, deren Ablaufschema die fortschreitende Destruktion und deren Ziel der Rückfall in die Barbarei ist. Fast scheint es, in Deutschland kümmeren man sich um die Meinung der westlichen Verbündeten nicht mehr, welche die Libanonisierung des Balkans verhindern wollen, weil man sich mit einer stärkeren Macht, der des Zerfalls, im Bunde weiß. Nicht ausdenken, wenn die Deutschen in diesem Sinn ein weiteres mal erfolgreich wären.⁴⁷

Entscheidung in Jugoslawien

So trostlos grundsätzlich die neuerdings sich aufdrängende Vermutung war, daß die Geschichte sich immer nur wiederholt — in diesem Fall gab sie auch Anlaß zur Zuversicht. Schon einmal kamen die deutschen Faschisten von ihrem Ausflug nach Jugoslawien nicht als Sieger zurück, ganz im Gegenteil. Nicht, daß man es von den Jugoslawen, die wirklich andere Sorgen haben, hätte verlangen können, aber es wäre schön gewesen, hätten sie Reißmüller von seinen fixen Ideen kuriert,

und er wären aus dem Kampfgebiet so geläutert zurück-
gekommen wie die Wehrmacht 1945. Tatsächlich hatten
die Fronterfahrungen Reißmüller schon so schlau ge-
macht, wie die Nazis Ende 1944 geworden waren, als
mancher von ihnen auf den Gedanken kam, nun sei es
höchste Zeit, sich mit den westlichen Kriegsgegnern zu
verbünden und gemeinsam die Sowjetunion zu besiegen.
Weil das Tudjman-Regime Ende Juli innenpolitisch,
außenpolitisch und militärisch bankrott war, forderte er
am 30.7. 1991:

»Die westliche Welt muß Kroatien (ebenso wie Slowenien) als
Staat anerkennen und es dann solange mit allen, notfalls auch
mit bewaffneten Kräften, schützen, bis es sich selber größser-
bischer Gewalt erwehren kann.« Tags darauf wiederholte er:
»Die Rettung für die gequälte kroatische Nation kann nur von
draußen kommen: von der westlichen Welt.«

Es könnte sein, daß die Entwicklung in Jugoslawien ent-
scheidend nicht nur dafür ist, ob die vom Baltikum bis
zum Kaukasus reichende Kette völkischer Diktaturen
Bestand haben wird. Dort wird sich vielmehr die Frage
stellen, wie die gesellschaftliche Produktion des mate-
riellen Reichtums zu organisieren sei, nachdem der
Kapitalismus einschließlich seiner staatsbürokratischen
Spielarten sich als unfähig erwies, die Menschen auch
nur von der schlimmsten Not zu befreien. Ein weiteres
mal in der Geschichte heißt die Alternative Sozialismus
oder Barbarei, wiewohl letztere bedeuten würde, daß vom
Hunger und vom Elend verdumnte und fanatisierte
Massen sich mit modernen Waffen wie wilde Stämme
niedermetzeln.